

Kommentar

# Die Ware Sport

Jolf Schneider zur Übertragung der Olympischen Spiele



Ist das nun der schon oft beschworene Untergang des Abendlandes? Das Ende des Bildungsfernsehens? Das Aus für die freie Meinungsbildung und den Qualitätsjournalismus in der Sportberichterstattung? Wohl kaum. Die Tatsache, dass die öffentlich-rechtlichen Sender von 2018 an die Olympischen Spiele nicht mehr live und exklusiv im deutschen Fernsehen übertragen dürfen, weckt eher die Hoffnung, dass sich hier etwas zum Guten verändern könnte. Denn das Motto des Sports – schneller, höher, weiter – hatten die von Zwangsbeiträgen finanzierten Sender ARD und ZDF in den vergangenen Jahren allzu sehr auch auf sich übertragen.

Alle zwei Jahre war zu bewundern, dass die beiden Anstalten noch mehr Personal, noch mehr Technik und noch mehr Experten in ferne Länder transportierten, um dem deutschen Zuschauer den Spitzensport auf die Mattscheibe und das heimische Sofa zu liefern. Das nahm zum Teil schon groteske Züge an, wenn die Berichterstattung über das 100-Meter-Finale in der Leichtathletik auf gefühlte Stunden ausgedehnt wurde. Der Lauf selbst dauert nicht einmal zehn Sekunden. Die Befragungen der vermeintlichen Experten durch die Heerscharen von Moderatoren wollten einfach kein Ende nehmen. Es war zwar schon alles gesagt, aber eben nicht von jedem.

## Spitzensport ist zur Ware verkommen, also wird sie auf dem freien Markt angeboten.

Mehr als 340 Stunden haben ARD und ZDF vergangenen Sommer von den Spielen in Rio berichtet – im TV. Hinzu kamen noch einmal mehr als 1000 Stunden im Internet. Wer wollte, konnte auf dem Fernseher und parallel im Internet sogar mehrere Disziplinen gleichzeitig verfolgen. Allein das Programm-Angebot im Fernsehen ist im Vergleich zu den Spielen in London 2012 um 50 Stunden gestiegen. Und es liegen gerade einmal vier Jahre zwischen diesen beiden Großereignissen. Doch hat das der Begeisterung für den Sport wirklich genützt?

Es kann den öffentlich-rechtlichen Anstalten nur gut tun, wenn sie nun einmal gezwungen sind, eine Atempause einzulegen und zu überdenken, ob ihre Herangehensweise an Spitzensport wirklich die richtige ist. Ist es wirklich noch Grundversorgung, wenn ARD und ZDF während der Spiele über nichts anderes mehr berichten als über Sport? Ist es wirklich Aufgabe von beitragsfinanzierten Sendern, über Ereignisse zu berichten, deren Zustandekommen inzwischen mehr als fragwürdig ist? Natürlich, ARD und ZDF berichten auch über Doping, über Korruption und Verfehlungen, doch all das scheint bislang nicht zu der Einsicht gereicht zu haben, dass die eigene Berichterstattung, die Milliarden für Übertragungsrechte, dieses System mit tragen.

Spitzensport ist zur Ware verkommen, so ist es folgerichtig, dass diese auf dem freien Markt angeboten wird. Nun ist es an den Konsumenten zu beweisen, dass sie sich wirklich ehrliche Spitzensport-Organisationen wünschen, dass sie faire Wettkämpfe ohne Doping sehen möchten. Dass sie keine Spiele in Ländern sehen wollen, die diese auf fragwürdige Weise erlangt haben und in denen die Sportstätten unter noch fragwürdigeren Bedingungen entstehen. Wenn der Konsument wirklich so tickt, dann dürfte das Interesse gering sein, in zwei Jahren für die Übertragung aller Wettbewerbe auf Eurosport Geld zu bezahlen. Und ARD und ZDF können den Beweis antreten, dass sie die Rechte für die Spiele in der Vergangenheit wirklich nur zum kleinsten Teil aus Beitragsgeldern finanziert haben, wie sie immer sagen. Oder sind sinkende Beiträge im Zeitalter von schneller, höher, weiter ein Ding der Unmöglichkeit?

### Leser-Meinung

#### Was ist populistisch?

Zu „Angela Merckels neues Zeitrechnung und die Angst vor Populisten“, 24. November:

Ich stehe wohl hinter dem, was Sarah Wagenknecht über die Politik der Bundesregierung und die derzeitige gesellschaftliche Situation in Deutschland gesagt hat. Es ist auch die Meinung vieler Menschen, die gegen den Türkei-Flüchtlingsdeal, den ungemehrten Raubtierkapitalismus und die großkoalitionäre Einheitspolitik sind, die durch ihre Mehrheit entscheiden, was ein sehr großer Teil der Bevölkerung für falsch hält. Auch sollte ruhig über die Nato nachgedacht werden, denn mit Trump, Erdogan, Kaczyński und weiteren Regierungschefs haben wir jetzt Partner, denen man ungern die Schlüssel zu Kriegen in die Hand geben sollte. Wenn also eine sehr schlaue Frau öffentlich sagt, was dem Kapital nicht passt und ein gesellschaftliches Umdenken fordert, ist man populistisch? Dann sind es in

Deutschland viele Menschen. Volker Matthes, Einhausen bei Meinungen

#### Nichts verstanden

Zum Kommentar „Verbaunt“, 24. November:

Mit einem „Weiter so“ wird Frau Merkel Europa letztlich spalten. Stolz auf die Exporte zu sein und auf keine neuen Schulden, zeigt, dass man hierzulande leider nichts verstanden hat. Denn es können nicht alle gleichzeitig Überschüsse im Export haben und in deren Höhe stehen den anderen Ländern Defizite gegenüber. Dazu kommt der Druck auf die Defizitländer, in der Krise sparen zu müssen. Auch das Hin und Her in der Flüchtlingspolitik und die Sparpolitik im eigenen Land tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen das „Frustventil“ suchen und rechts wählen. Andreas Bachert, Frankenblick-Seltendurf

Leserbriefe stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion dar. Sie können nur veröffentlicht werden, wenn sie Namen und vollständige Adresse enthalten. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

# Gröning-Urteil nun rechtskräftig: „Jetzt ist alles an seinem Platz“

Eva Puzsai-Fahidi hat Auschwitz überlebt. Im Lüneburger Prozess gegen Oskar Gröning war sie Nebenklägerin. Nachdem der Bundesgerichtshof das Urteil gegen den SS-Mann bestätigt hat, schließt sich für sie eine Lücke.

Von Karen Miether

Lüneburg/Karlsruhe – Eva Puzsai-Fahidi spricht von einem großen Tag in ihrem Leben. Ein Tag, auf den sie lange haben warten müssen. Am Montag hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Entscheidung mitgeteilt, die für die 91-jährige Auschwitz-Überlebende aus Ungarn so wichtig ist. Das im Juli vergangenen Jahres ergangene Urteil des Landgerichts Lüneburg gegen den früheren SS-Mann Oskar Gröning (95) ist rechtskräftig. Gröning war in Lüneburg wegen Beihilfe zum Mord im Vernichtungslager Auschwitz in 300.000 Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof hat Revisionsanträge von Grönings Anwälten und einigen Nebenklage-Vertretern gegen das Urteil zurückgewiesen, wie er am Montag mitteilte. Damit wurde erstmals eine Verurteilung wegen Beihilfe zum Massenmord in dem früheren Vernichtungslager Auschwitz höchststrichterlich bestätigt.

Puzsai-Fahidi gehörte im Lüneburger Prozess zu den rund 70 Nebenklägern – Auschwitz-Überlebende und Angehörige von Opfern. Als sie von der Karlsruher Entscheidung hört, sagt sie, jetzt habe sie Gerechtigkeit erfahren. „Es ist so sehr spät geschehen“, fügt sie an: „Aber ich hatte immer das Gefühl, dass ich eine solche Gerechtigkeit in meinem Leben noch haben muss.“

Oskar Gröning hat aus Sicht des



„Ich komme gerne nach Thüringen“, sagt Eva Puzsai-Fahidi – auch zum Erinnern im Land von Topf & Söhne und Buchenwald. Die Auschwitz-Überlebende (hier bei der KZ-Ausstellungseröffnung im April in Weimar) war Nebenklägerin. Foto: uhu

Lüneburger Gerichts 1944 das Morden in Auschwitz unterstützt. Mit dem Bewachen von Gepäck und dem Verwalten der Gelder der Gefangenen habe der Mitarbeiter der Devisenabteilung im Lager die grausamen und heimtückischen Morde gefördert. Von den rund 425.000 ungarischen Juden, die zwischen dem 16. Mai und dem 11. Juli 1944 nach Auschwitz verschleppt wurden, kamen mindestens 300.000 in den Gaskammern ums Leben.

Die Lebens- und Leidensgeschichten von Menschen wie Eva Puzsai-Fahidi hatten den Prozess maßgeblich geprägt. Die in Budapest lebende Frau schilderte vor dem Gericht, wie sie mit ihrer Familie 1944 unter unvorstellbar grausamen Umständen aus Debrecen ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau verschleppt wurde. Am frühen Morgen des 1. Juli 1944 verlor die damals 18-jährige dort nach der Selektion an der Rampe ihre Eltern und ihre elfjährige Schwester, die vergast und deren Leichen – in den Öfen von Topf & Söhne aus Erfurt – verbrannt wurden.

Erstmals konnte sie vor einem deutschen Gericht aussprechen, dass die Ermordung ihrer nächsten Angehörigen „damals ein Verbrechen war, noch heute eins ist und morgen und in alle Ewigkeit“, wie sie es formuliert. Heute sagt sie: „Jahrzehnte gab es

diese Lücke in der deutschen Justiz. Jetzt ist diese Lücke geschlossen. Jetzt ist alles an seinem Platz.“

Dass gegen Gröning mehr als 70 Jahre nach seinen Taten verhandelt wurde, lasteten Nebenklage-Anwälte auch einem jahrzehntelangen Versagen der Justiz im Umgang mit NS-Tätern an. „Seit dem Auschwitz-Prozess von Frankfurt im Jahr 1965 sind Tausende SS-Männer, die in Auschwitz Dienst getan haben, nicht mehr strafrechtlich verfolgt worden“, sagte Anwalt Thomas Wälther.

Er und seine Kollegen Cornelius Nestler und Manuel Meyer würdigten die Entscheidung des Bundesgerichtshofs: Das Urteil von Lüneburg habe damit Rechtsgeschichte geschrieben. „Auschwitz war ein Ort, an dem man nicht mitmachen durfte“, erklärte sie. „Und wer mitgemacht hat, hat sich wegen Beihilfe zum hunderteausendfachen Mord strafbar gemacht.“ Das habe der BGH jetzt bestätigt und damit eine Leitentscheidung getroffen.

Auch Oskar Gröning hatte zum Abschluss des Lüneburger Prozesses diese Worte benutzt: „Auschwitz war ein Ort, an dem man nicht mitmachen durfte.“ Und er fügte an: „Das ist mir bewusst. Ich bereue aufrichtig, dass ich diese Erkenntnis nicht viel früher und konsequenter umgesetzt habe.“ Anders als viele andere NS-Täter räumte Gröning stets eine moralische Mitschuld ein und stellte sich trotz angegriffener Gesundheit dem Prozess. Ob der 95-Jährige seine Haft tatsächlich antreten muss, ist von seinem Gesundheitszustand abhängig. Zudem kündigte sein Anwalt Hans Holtermann an, er wolle eine Verfassungsklage prüfen.

„Du kommst bestimmt noch mal nach Weimar“, hatte die Mutter von Eva Puzsai-Fahidi einst die Vorliebe ihrer Tochter für die deutschen Klassiker kommentiert. Eva kam wirklich – im Viehwagen. „Es geht mir nicht um die Strafe, es geht mir um das Urteil, die Stellungnahme der Gesellschaft“, sagt sie heute. Jetzt ist sie da.

### Sprüche des Tages

„Ich habe noch immer meinen Job zu 120 Prozent erledigt. Das ist das Entscheidende.“ Horst Seehofer, CSU, zu Gesundheitsbedenken nach einem Schwächeanfall.

„Jede Regierung mit Grün ist mir lieber als eine ohne Grün.“

Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Bundestagsfraktionschefin, zu Koalitionen.

„Wir sind ein deutscher Sender mit deutschen Gesichtern, deutschen Produktionen und deutschen Geschichten.“

Peter Hutton, Chef des TV-Senders Eurosport, zur Erwartung, er werde von Olympia aus europäischer Sicht berichten.



„Unser Gehalts-Simulator.“

Zeichnung: Tomick

### OFFEN GESAGT ...



Stephan Großmann.

lassen: Ihr Umgang mit der europäischen Flüchtlingskrise. Wegen ihrer humanistischen Haltung in dieser Frage zerschelt Merkel gerade am existenzängstlichen Gegenüber ihrer früheren bürgerlich-konservativen Fürsprecher. Merks, „Wir schafften das die selbst erkannte Mitte der Gesellschaft als ein Warnsignal: Mütti setzt Probleme nicht mehr nur handtrautenfaltend aus, sie wagt nun etwas, treffe Entscheidungen. Das schmeckt nicht jedem in ihrem Umfeld. Plötzlich schwindet Merks Rückhalt in der Partei, in der Union, im

gesamt konservativen Lager. Skurril: Fast schon möchte ich sie vor ihren Kritikern verteidigen. Aber es gibt ein Problem: Eine links-liberale Alternative zur Merkelregierung – wie ich sie mir vorstellen könnte – steht nicht in Sicht. Stattdessen gelingt es den Rechten immer mehr, die Ängste der Bürger anzufeuern und die Deutschen anzuzuhlen. Das ist gefährlich. Vor allem, wenn sich etablierte Volksparteien dazu hinreißen lassen, auf diesen Wahlfang nicht mit politischen Argumenten, sondern nur mit populistischen Phrasen zu reagieren.

Die Nation feierte die Kanzlerin bis vor Kurzem für ihre (mal mehr, mal weniger) besonnene Regierungsweise und Berechenbarkeit. Sie machte ihre politische Arbeit und ließ die Menschen in Ruhe. Genau das wollen viele Leute offenbar: Das eigene Leben leben, nicht umötig über den Tellerrand ins bürgerlichen Wohlstands blicken und erst recht nicht von der Plattitüde des gelebten christlichen Abendlandes abrücken.

Lautere Kritik an Merks Art ist in vielen Punkten richtig und wichtig. Dass eine große Koalition über Jahre hinweg schon Wahlprogramme ad absurdum führt, hilft weder dem Land noch verhindert es, dass die Menschen nicht auch noch den letzten Funken Vertrauen in die Demokratie verlieren.

Auch ich wünsche mir keine weitere komatös wirkende Legislaturperiode mit einer großen Koalition. Aber aus Angst und Verzweiflung rechte und rassistische Kräfte wieder groß werden zu lassen, kann keine Alternative für unsere Gesellschaft sein. Kleiner Tipp: Wer keine Hassplakate durch die Straßen trägt, hat keine Hände frei, um die Welt ein bisschen besser zu machen.

Denkt mal drüber nach! Stephan

Diese Kolumne soll zum Nachdenken, Mitdenken und Mitreden anregen. Junge Autoren unserer Zeitung – wie heute Stephan Großmann aus Bamberg – äußern sich hier zu Themen, die sie bewegen.